

Leserbrief zum Forumsbeitrag «It's the ..., stupid!» im P.S. vom 23. April

Undifferenziert

Der Beitrag von Hartmuth Attenhofer zur Klimaerwärmung im P.S. Nr. 16/21 kommt mir undifferenziert, widersprüchlich, teilweise zynisch vor. An wen richtet sich seine Forderung, wonach wir (neue?) Leute in der Politik brauchen, die ihre Politik brauchen, die ihre Politik mutig und strategisch auf das Problem der Überbevölkerung ausrichten? Wie sollte das von der Schweiz aus gehen? Wer genau sind «wir mit unserer masslosen Vermehrung»? Wie bewirken wir von der Schweiz aus, dass «die Erde durch Geburtenkontrolle gerettet wird»?

Die Geburtenrate pro Frau liegt hier bei 1,5. Die Chancen auf ein würdiges Leben in Sicherheit sind immer noch hoch.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 7047 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag,
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG,
St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.),
Tel. 044/241 07 60 (Politik),
Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241
07 60 (Politik/Produktion),
Thierry Frochaux (froh.),
Tel. 044/240 44 25 (Kultur/
Produktion), Roxane Steiger
(rst).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel.
044/241 06 70, Peter Weishaupt
(pw./Korrektorat), Hans Steiger
(haste), Hanspeter Guggenbühl
(hpg.), Tobias Gerosa (tg.), Arthur
Schäppi (as.), Hermann Koch
(hk.), Matthias Erzinger (me.),
Angela Bernetta (net).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.-
(GönnerInnen: ab 300.-), enthält
10 x jährlich die Musikzeitung
LOOP. Separat-Abo: 33.-
www.loopzeitung.ch

Dass die Bevölkerung in der Schweiz zunimmt, hat mit der Migration von Menschen aus Krisengebieten (Krieg, Armut, Unterdrückung etc.) zu tun. Wenn wir unseren Wohlstand mit mehr Menschen teilen wollen, müssen wir uns automatisch einschränken.

Das Corona-Virus verbreitete sich durch «die hochmobilen Menschen». Aber die Prüfung unserer Lebens-, Essens-, Reise-gewohnheiten, der Erlass von CO₂-Gesetzen sind trotzdem nicht mehr als «Pflasterlipolitik zur Gewissensberuhigung»? Corona wäre die «Antwort der Natur auf die Überbevölkerung»? Und warum bitte tut die Natur dies – nach Überlegung des Autors – so ineffizient? Warum rafft sie nicht «die Frauen im gebärfähigen Alter» dahin, um wirksam «Platz zu schaffen»? Würde das Virus die Kindersterblichkeit markant erhöhen, wäre das ebenfalls effizient. Die Natur ist gewiss oft grausam, zynisch hingegen bloss der Mensch.

Nach meiner Ansicht dürften wir in der Schweiz bescheidener werden; in unseren Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten wie in den Belehrungen an die Menschen in der Welt. Solange die Schweiz die Mittel hat, sollten in der Politik Grosszügigkeit und Pioniergeist mehr Gewicht haben als Selbstgerechtigkeit und Eigennutz.
Paul Gaus, Bassersdorf

IN KÜRZE

Korrigendum

In der Filmbesprechung zu «The United States vs. Billie Holiday» von letzter Woche ist es leider zu einer Verwechslung von Namen/Figuren gekommen. Lester Young wurde als einer ihrer Ehe-

gatten genannt, was falsch ist und umso bedauerlicher, als er ihr in der Realität ein lebenslanger echter Freund war. Wir bitten um Entschuldigung. froh.

Lätten-Referendum lanciert

Nun sollen die StimmbürgerInnen des Bezirks Horgen darüber entscheiden, ob im Grüengebiet Lätten östlich der Autobahn in Adliswil und hart an der Grenze zu Kilchberg und Zürich ein neues Gewerbe- und Wohnquartier hochgezogen werden darf oder nicht. Gegen die jüngst von der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg vorgenommene Revision des regionalen Richtplanes, mit der auch die planungsrechtlichen Grundlagen für die höchst umstrittene Grossüberbauung geschaffen werden sollte, ergreift die «IG schützt den Lätten» jetzt das Referendum. Noch heute Freitag soll mit der Unterschriftensammlung begonnen werden. Bringen die Gegner innert 60 Tagen mindestens 1000 gültige Unterschriften von Stimmberechtigten aus dem Bezirk Horgen zusammen, muss die gesamte Richtplanrevision, und damit auch der Eintrag zum Lätten, in allen neun Bezirksgemeinden der Urnenabstimmung unterbreitet werden. Die Vorlage gilt nur dann als angenommen, wenn ihr nicht nur eine Mehrheit der Stimmenden, sondern auch eine Mehrheit der Bezirksgemeinden zustimmt. as.

Wohnen im Alter


Die Stiftung Alterswohnungen (SAW) der Stadt Zürich richtet per Oktober ein neues Vermietungsportal ein. Darauf werden frei-

werdende Alterswohnungen laufend online ausgeschrieben. Doch sie sind ein rares Gut. «Die Nachfrage übersteigt das Angebot um ein Vielfaches und die Liste der Anmeldungen ist in den vergangenen Jahren stetig angewachsen», informiert die SAW in einer Medienmitteilung. Nun soll der Bewerbungsprozess über ein Online-Formular stattfinden. Ähnlich wie beim Vermietungsportal für städtische Liegenschaften wählt am Ende des Bewerbungsprozesses ein Zufallsgenerator jene Personen aus, die zur Wohnungsbesichtigung eingeladen werden. So soll sichergestellt werden, dass alle Interessierten dieselben Chancen haben, zur Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden. Ein freies Kontingent der freiwerdenden Alterswohnungen bleibt für Personen in Wohnnotlagen vorbehalten. Seit dem 1. Mai werden ausser von Personen in Wohnnotlagen keine Neuanmeldungen entgegengenommen, da freiwerdende Alterswohnungen bis zum Start des Vermietungsportals an bereits angemeldete Personen vergeben werden.rst.

Gerichtsurteil

Das Verwaltungsgericht beurteilt das Verbot von Kundgebungen mit über 15 Personen als verfassungswidrig. Der Regierungsrat beschloss am 19. März, das in der über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie enthaltene Verbot von Kundgebungen im öffentlichen Raum mit mehr als 15 Personen um einen Monat zu verlängern. Dagegen erhoben neun Personen, bestehend aus Mitgliedern von AL, Grünen, SP, PdA, VPOD, Klimastreik, feministischem Streikkomitee, Niunamenos und dem 1. Mai-Komitee Beschwerde beim Verwaltungsgericht. Das Gericht hiess die Beschwerde gut und stellt fest, dass die Beschränkung der zulässigen Teilnehmerzahl bei Kundgebungen auf 15 Personen nicht mit übergeordnetem Recht vereinbar ist, wie seiner Medienmitteilung vom Donnerstag zu entnehmen ist. AL, Grüne und SP der Stadt Zürich verlangen in einer gemeinsamen Mitteilung, dass der Regierungsrat nun im Hinblick auf künftige Anlässe wie den 14. Juni Anpassungen vornimmt. mlm.

Reklame



FCK.CO2Gesetz

**CO2-GESETZ:
IMMOBILIEN-HAIE
PROFITIEREN -
MIETER*INNEN
ZAHLEN DIE ZECHE!**

Immobilien-Haie bekommen durch das CO2-Gesetz massenhaft Subventionen. Die Gelder fließen in Luxus-Renovationen. Und die Mieter*innen bekommen die Zwangskündigungen! Pure Verarschung!

**Am 13. Juni:
NEIN zum CO2-Gesetz
ohne Mieter*innenschutz!**

**ZWANGSKÜNDIGUNGEN
NEIN FCK OFF CO2-GESETZ**